



Positionspapier

Klimaschutz: eine soziale Verpflichtung

Klimagerechtigkeit umsetzen – für eine soziale und klimaneutrale Gesellschaft

1. Überblick

In diesem Papier stellen wir uns der Frage wie wir von der politischen Ebene aus Energiewende und Klimaschutzmaßnahmen hier in Baden-Württemberg sozialverträglich gestalten und unserer Verantwortung gegenüber kommender Generationen gerecht werden können.

Wir gehen davon aus: klimapolitische Maßnahmen sind umso wirksamer, je besser sie auf unterschiedliche Zielgruppen abgestimmt sind und je besser Synergien zwischen den verschiedenen nachhaltigen Entwicklungszielen geschaffen und genutzt werden.

Dabei unterscheiden wir nach Maßnahmen des Bundes und solchen, deren Kompetenzen bei uns im Land liegen:

Zentrale Maßnahmen für Klimagerechtigkeit im Bund:

- Konkrete Maßnahmen gegen Energiearmut und Stromsperren
- Einführung eines CO₂-Mindestpreises und soziale Abfederung durch ein Energiegeld
- Sozial-ökologische Marktwirtschaft mit klaren Leitplanken

Zentrale Maßnahmen zur Schaffung von Klimagerechtigkeit im Land:

- Landesweiter Bürgerdialog „Klima im Dialog“
- Stromsparcheck
- Unterstützung des Strategiedialogs Automobilwirtschaft im Hinblick auf sozialverträgliche Perspektiven für Arbeitnehmer*innen
- Gemeinwohlabilanzen der Unternehmen
- CO₂-Schattenpreis für die Landesverwaltung zugunsten klimafreundlicher Planungen
- Nachhaltige Siedlungsplanung
- Umsetzung des Gender-Action-Plans der UN

2. Einleitung

Klimaschutz ist nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Frage. Die derzeitige Klimakrise betrifft die Menschen in allen Lebensbereichen. Daher muss Klimaschutz auch als ganzheitliche gesellschaftliche und soziale Aufgabe gesehen werden. Die Auswirkungen der Klimakrise treffen die ärmsten und verwundbarsten Menschen zuerst und am härtesten – also jene, die am wenigsten zu ihrem Entstehen beigetragen haben. Das gilt auch innerhalb Deutschlands. Arme, Kinder, Geflüchtete und andere gesellschaftliche Gruppen mit kleinem CO₂-Fußabdruck werden als erste und am meisten unter den Folgen leiden.

Die Umsetzung und Durchsetzung der Klimaziele von Paris, konsequente CO₂-Einsparungen und das Begrenzen der Erderhitzung auf deutlich unter 2 Grad, besser auf maximal 1,5 Grad Celsius, sind nicht nur eine ökologische, sondern auch eine soziale Verpflichtung.

Beim Klimaschutz nicht zu handeln, ist unsozial. Es ist wesentlich, die sozialen Folgen des politischen Handelns zu bedenken und Lösungen so zu gestalten, dass sie gerecht sind. Dafür müssen wir alle gesellschaftlichen Gruppen einbinden.

Daher stellen wir uns in diesem Papier die Frage, wie wir hier in Baden-Württemberg Energiewende und Klimaschutzmaßnahmen sozialverträglich gestalten können.

An vielen Stellen sind wir dabei von den richtigen Rahmenbedingungen im Bund abhängig. Deshalb greifen wir auch viele Forderungen an die Bundesregierung in diesem Papier auf.

3. Handlungsschwerpunkte

Sozialpolitik und Klimapolitik müssen zusammen gedacht und umgesetzt werden. Wir brauchen integrierte und übergreifende Ansätze. Der Blick auf soziale Fragen und den Lebensstil kann helfen, den Energiebedarf zu senken und technische Lösungen zu unterstützen oder sogar überflüssig zu machen. Die gesellschaftliche Akzeptanz und die klimapolitische Lenkungswirkung aller Instrumente für Klimaschutz und Energiewende sind zentral. Es ist Aufgabe der Politik, Ängste abzubauen, Beteiligung zu schaffen und zu organisieren und politisch zu steuern.

Die Berücksichtigung unterschiedlicher sozialer Kategorien wie Einkommen, Geschlecht, Alter oder Migrationshintergrund kann zu innovativen Lösungen für den Klimaschutz führen. Deshalb müssen Menschen, die diese unterschiedlichen Kategorien vertreten, in die Entwicklung von Klimaschutzmaßnahmen und Lösungsansätzen einbezogen werden. Nur so können wir sicherstellen, dass die Instrumente zielgruppenspezifisch wirken und dass sie keine bestehenden Ungleichheiten verstärken oder neue schaffen.

Klimaschutzmaßnahmen, die sich direkt oder indirekt an Bürger*innen richten, sollen sich an den folgenden generellen Kriterien orientieren:

- Zielgruppenorientierte Ansprache und Informationen, auch in mehreren Sprachen. Dafür ist bei ihrer Entwicklung immer die Frage zu stellen: für wen ist die Maßnahme gedacht (z.B. Rentner*innen, Arbeitslose, Geringverdiener*innen...)? Je nach Zielgruppe müssen Instrumente unterschiedlich gestaltet werden.
- Finanzielle Unterstützung immer mit Beratung und Information verbinden;

- Maßnahmen dürfen nicht dazu beitragen, soziale Schieflagen wie etwa im Mietbereich zu verschärfen;
- wo immer möglich die lokale Ebene einbinden und Peer-to-Peer-Ansätze umsetzen, bei denen Menschen direkt angesprochen und mitgenommen werden.

Deswegen ruft die Fraktion den **landesweiten Bürgerdialog „Klima im Dialog“** ins Leben. Dabei geht es um einen breiter gesellschaftlichen Dialog über die Herausforderungen des Klimawandels. Ein Dialog, der auch möglichst viele derjenigen einbezieht, die sich bisher noch nicht aktiv in den Klimadiskurs eingebracht haben oder einbringen konnten. Ein solcher kann bisher kaum artikulierte Sorgen, Sensibilitäten, Gewichtung, Haltungen und Erwartungen sichtbar machen.¹ Dabei kommt es auch darauf an, ehrenamtliche Arbeit zu motivieren und zu unterstützen.

Klimagerechtigkeit und Einkommen

Vielfach treffen Instrumente für Klimaschutz und Energiewende auf bestehende soziale Konflikte und Schieflagen und tragen ungewollt dazu bei, diese zu verschärfen. Menschen mit geringen Einkommen haben oft den geringsten ökologischen Fußabdruck. Nicht aus besonderem Umweltbewusstsein, sondern aus finanzieller Not. Sie können sich in der Regel keine Flugreisen, große Wohnungen oder große Autos und nur eine geringe Anzahl an technischen Geräten leisten. Dennoch müssen sie im Vergleich mit anderen Einkommensgruppen den größten Anteil ihres Haushaltseinkommens für Energie aufwenden. Deshalb treffen Maßnahmen mit Auswirkungen auf die Energiepreise Personen mit niedrigem Einkommen prozentual am meisten.

Im Jahr 2018 wurden in Baden-Württemberg in rund 24.500 Haushalten der Strom aufgrund nicht bezahlter Rechnungen abgeschaltet. Energiearmut, d.h. zu wenig Geld für die benötigte Energie zu haben, ist für diese Menschen ein schwerwiegendes Problem. Einspar- und Effizienzmaßnahmen haben für sie einen hohen finanziellen Anreiz. Aber oft fehlt ihnen das Kapital für die Anschaffung besonders energieeffizienter Geräte.

Auch die Wärmewende mit konsequenten Maßnahmen zur Gebäude-Energieeffizienz und -sanierung, Einsparmaßnahmen und Heizungstausche hin zu erneuerbaren Energien muss sozial gestaltet werden. Technische Verbesserungen dieser Art machen Investitionen durch die Vermieter*innen notwendig, die diese mindestens anteilig auf die Mietkosten umlegen werden. An dieser Stelle ist deswegen eine soziale Begleitung und Steuerung notwendig, damit Klimaschutzmaßnahmen soziale Ungleichgewichte nicht verschärfen.

Maßnahmen im Bund:

- **Wir fordern vom Bund konkrete Maßnahmen gegen Energiearmut und Stromsperrern.** Strompreiserhöhungen werden über den Regelsatz für Bezieher*innen der Grundversorgung nicht abgefangen. Wir werden uns gegenüber dem Bund für eine Anhebung

¹ Siehe „Klima im Dialog“

<http://intranet/gruene/wissensmanagement/Positionspapiere/Positionspapier%20Klima%20im%20Dialog.pdf>

des Energiekostenanteils starkmachen. Der Bezug von Ökostrom sollte dabei ausdrücklich gefördert werden. Daneben muss die Bundesregierung die EU-Richtlinie von 2009 zum Thema Energiearmut endlich in nationales Recht umsetzen und einen nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung der Energiearmut schaffen.

- **Stromsperren vermeiden:** Stromsperren sind ab einem ausstehenden Zahlungsbetrag von mehr als 100 Euro rechtlich möglich. Wir setzen uns im Bund für eine Ausweitung der Härtefallregelungen ein, die sicherstellen, dass besonders schutzbedürftige Menschen (bisher: Schwangere, chronisch kranke oder behinderte Menschen) nicht von Stromsperren betroffen sein dürfen, sowie für Verbote von Stromsperren z.B. im Winter.
- **CO₂-Bepreisung:** Im Bund setzen wir uns weiterhin für einen echten CO₂-Mindestpreis ein, der fossilen Energieträgern vor allem im Bereich Wärme und Verkehr einen Preis mit einer zielführenden Steuerungswirkung gibt. Das setzt Anreize für eine CO₂-Einsparung und macht erneuerbare Energien auch in den Bereichen Wärme und Verkehr endgültig wettbewerbsfähig. Der insbesondere auf grünen Druck zwischen Bund und Ländern ausgehandelte Einstiegspreis von 25 Euro pro Tonne CO₂ ist ein erster Schritt in die richtige Richtung hin zu einem CO₂-Preis, der eine tatsächliche ökologische Lenkungswirkung entfaltet. Unser Ziel ist es, den CO₂-Mindestpreis sozial zu gestalten. Deswegen müssen die Einnahmen dafür verwendet werden, die Strompreise zu senken und an die Haushalte ein Energiegeld zurückzuzahlen. Wer wenig Energie verbraucht, behält unterm Strich Geld übrig. Das entlastet insbesondere arme Haushalte. Auch hier konnten auf grünen Druck entscheidende Verbesserungen erreicht werden.
- **Mieterstrom:** Wir setzen uns dafür ein, dass es zu wirklichen Vereinfachungen beim Mieterstrom kommt. Dazu müssen die rechtlichen Rahmenbedingungen stimmen, so dass Wohnungsunternehmen und Bürger*innen dazu motivieren werden, stärker als Energieversorger aktiv zu werden z.B. Solaranlagen zu betreiben und die Energie kostengünstig und dezentral direkt vor Ort zu nutzen. Nur so lohnt sich die Photovoltaik-Anlage auf dem Mietshaus und Umwelt und Mieter*innen profitieren gleichermaßen.
- **Dilemma bei der energetischen Sanierung auflösen:** Wir setzen uns dafür ein, dass bundesrechtlich ein besserer Mechanismus gefunden wird, der energetische Sanierungen einerseits für Vermieter*innen weiterhin attraktiv macht, andererseits Mieter*innen vor übermäßiger Mieterhöhung schützt. Das kann über eine solide Mietobergrenzen passieren, genauso wie durch eine Absenkung der Modernisierungumlage oder einer warmmietneutralen Sanierung.² Ziel muss ein Drittelmodell sein, indem Kosten und Nutzen zwischen Mieter*innen, Vermieter*innen und Staat aufgeteilt werden.

Maßnahmen im Land:

- **Stromsparcheck:** Wir wollen für Menschen mit geringen Einkommen konkrete und greifbare Unterstützungsangebote zum Stromsparen voranbringen. Deswegen sollte das Land den Stromsparcheck der Caritas unterstützen. Entsprechend ausgebildete Langzeitarbeitslose beraten Sozialhilfeempfänger*innen zuhause, wie sie Energie und damit Geld sparen können. Mit Sofortmaßnahmen wie Durchflussbegrenzern wird das direkt

² Beschluss 44. BDK: https://antraege.gruene.de/44bdk/Recht_auf_Wohnen-63879/pdf

umgesetzt. Wir setzen uns dafür ein, diese konkrete und zielorientierte Beratung auf weitere Einkommensgruppen wie etwa Wohngeldbezieher*innen auszuweiten und sie in den häufigsten Herkunftssprachen von Migrant*innen und Geflüchteten anzubieten. Wir begrüßen die Initiative des Ministeriums für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, des Ministeriums für Soziales und Integration, des Ministeriums für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz sowie des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau gemeinsam mit 14 weiteren Verbänden und Institutionen zur Energieeinsparung und effizienten Energienutzung in einkommensschwachen Haushalten.

- **Preissignale durch Ordnungsrecht unterstützen:** Menschen mit hohem Einkommen haben im Vergleich den höchsten Pro-Kopf-Energieverbrauch und den größten CO₂-Fußabdruck. Preissignale wie der CO₂-Preis entfalten bei ihnen aber kaum Lenkungswirkung. Stattdessen wirkt der Rebound-Effekt: Effizienzgewinne durch sparsame Geräte werden oft dadurch zunichtegemacht, dass mehr oder größere Geräte angeschafft werden (Zweit- oder Drittauto, mehr Beleuchtung, wenn die einzelnen Lampen weniger Energie verbrauchen). In diesem Zusammenhang müssen auch ordnungsrechtliche Vorgaben diskutiert und umgesetzt werden. In unserem Klimaschutz-Sofortprogramm fordern wir dafür die Einführung einer Solarpflicht für neue Wohn- und Nichtwohngebäude und einen Mobilitätspass/Nahverkehrsabgabe, der/die Kommunen hilft, den öffentlichen Nahverkehr zu finanzieren und attraktiver zu gestalten. Gleichzeitig wird dadurch der Anreiz vergrößert den ÖPNV zu nutzen, weil ohnehin dafür bezahlt wird.

Klimagerechtigkeit und Erwerbstätigkeit

Die Frage nach Klimagerechtigkeit stellt sich ebenfalls bei der notwendigen Umwandlung hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft. In Baden-Württemberg wird insbesondere der derzeit stattfindende Transformationsprozess in der Automobilwirtschaft Auswirkungen auf viele Jobs und Beschäftigte haben. Die Branche muss sich neu erfinden, um den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zu begegnen. Politik und Gesellschaft müssen die damit verbundenen Veränderungen einfordern, begleiten und klare Perspektiven aufzeigen.

Die Energiewende und die Transformation hin zu einer klimaneutralen Gesellschaft schaffen Arbeitsplätze und Wertschöpfung. Ein konsequenter Klimaschutzkurs und ein klares Bekenntnis zur Energiewende können Jobmotor sein. In der Erneuerbaren Energie-Branche waren in Baden-Württemberg bereits 2014 rund 60.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt mit der Energiewende verknüpft³. Aber die Bundesregierung macht immer wieder Politik gegen die Energiewende und bedroht damit Arbeitsplätze. Allein in der Windbranche gingen aufgrund der Änderungen im EEG und der Umstellung auf Ausschreibungen seit 2017 rund 36.000 Arbeitsplätze bundesweit verloren.

Ein weiterer Zukunftssektor ist die Kreislaufwirtschaft. Mit einem konsequenten Ausbau von Recycling und Wiederverwertung schaffen wir zusätzliche Arbeitsplätze und vermindern den Verbrauch natürlicher Ressourcen.

³ https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/2_Presse_und_Service/Publikationen/Energie/161101_Study_Energiewende-in-BW_Auswirkungen-Beschaeftigung.pdf

Für uns sind auch soziale und Bildungsberufe, Sorge- und Pflegearbeit wichtige Zukunftsberufe. Sie erfüllen zentrale Aufgaben für den einzelnen Menschen und die ganze Gesellschaft. Viele dieser Berufe erhalten zu wenig gesellschaftliche Anerkennung und sind häufig schlecht entlohnt. Auch deshalb fehlen in vielen dieser Berufe schon seit Jahren Fachkräfte.

Die Diskussion um Klimaschutzmaßnahmen und die wirtschaftliche Transformation ist bisher vor allem von technischen Lösungsansätzen geprägt. Soziale Aspekte und Lösungsansätze bleiben häufig unberücksichtigt. Wir wollen Freizeit, Bildung, Familie und Freundschaften, die soziale Gemeinschaft und Gesundheit aufwerten.

Maßnahmen im Bund:

- **Sozial-ökologische Marktwirtschaft und nachhaltige Ordnungspolitik:** Wir unterstützen das Konzept einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft mit klaren Leitplanken, wie es die 44. BDK 2019 beschlossen hat⁴. Dafür braucht es eine zukunftsfähige Steuer-, Abgaben-, und Ordnungspolitik. Die Besteuerung des Faktors Arbeit muss auf die Faktoren Ressourcen und Kapital verlagert werden. Die Umwelt- und Sozialkosten, die bislang durch die Gesellschaft getragen werden, müssen internalisiert, also in die Kosten von Produkten und in die Bilanzen von Unternehmen eingepreist werden. Auch die Klimabilanz muss in die Preispolitik aufgenommen werden. So werden klimaneutrale und nachhaltige Angebote wettbewerbsfähig und Unternehmen, die sich an Gemeinwohl und Nachhaltigkeit statt an reiner Gewinnorientierung ausrichten, werden gefördert. Solche ordnungspolitischen Vorgaben müssen von der Bundesregierung kommen.

Maßnahmen im Land:

- **Wir unterstützen den Strategiedialog Automobilwirtschaft der Landesregierung.** Sein Ziel ist ein sichtbarer Aufbruch in ein klimafreundliches Mobilitätszeitalter mit Hilfe von staatlichen und betrieblichen Maßnahmen. Heutige und zukünftige Mitarbeiter*innen müssen auf die zu erwartenden Veränderungen gut vorbereitet werden. Dabei braucht es auch Strategien im Umgang mit unweigerlich wegfallenden Arbeitsplätzen und Perspektiven außerhalb der Automobilbranche. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass Klimaschutz, die Situation der Beschäftigten und berufliche Bildung und Weiterbildung im Strategiedialog verstärkt eine Rolle spielen.
- **Gemeinwohlbilanzen der Unternehmen:** Der sozial-ökologische Wandel braucht einen Wandel der Werte. Deshalb setzen wir uns dafür ein, dass Landesunternehmen Gemeinwohlbilanzen erstellen oder sich zu einer regelmäßigen Nachhaltigkeitsberichterstattung nach der WIN-Charta bzw. einem anderen Nachhaltigkeitsmanagementsystem verpflichten und in geeigneten Fällen im Finanzbericht integrierte sozial-ökologische Kriterien mit den finanziellen Kriterien darstellen. ForstBW wird als erstes Landesunternehmen in Kürze seine Gemeinwohlbilanz vorlegen.

⁴ Siehe hierzu auch: <https://antraege.gruene.de/44bdk/motion/937/pdf> „Anders Wirtschaften für nachhaltigen Wohlstand - Auf dem Weg in die sozial-ökologische Marktwirtschaft“

- **CO₂-Schattenpreis für die Landesverwaltung⁵ von 180 Euro:** Für interne Berechnungen der Landesregierung zu den Kosten des CO₂-Ausstoßes soll ein Schattenpreis von 180 Euro pro Tonne CO₂ eingeführt werden. Dieser bildet die realen Kosten für Gesellschaft und Umwelt ab. Der Schattenpreis soll bei Wirtschaftlichkeitsbetrachtungen (entsprechend § 7 LHO) angewandt werden. Ziel ist eine Verschiebung hin zu klimafreundlichen Produkten und Planungen bei Vergaben und der Planung von Baumaßnahmen. Zunächst soll hierfür ein Pilotprojekt in einem Teilbereich der Landesverwaltung durchgeführt werden.

Klimagerechtigkeit und Gesundheit

Bereits heute sind Wetterextreme verstärkt bemerkbar. Heißere Sommer mit mehr Hitzetagen sind eine Belastung für Ältere, Schwangere, kleine Kinder und Menschen mit gesundheitlichen Problemen. Das sich ändernde Klima bietet Nährboden für neue Krankheitserreger und für Insekten, die diese übertragen. Längere Pollenflugperioden verstärken die Probleme von Asthmatiker*innen und Allergiker*innen. Daneben verbreiten sich verstärkt Pflanzen wie Ambrosia oder Wilder Bärenklau, die besonders schwere allergische Reaktionen hervorrufen können. Mit dem Fortschreiten der klimatischen Veränderungen werden sich diese Probleme weiter verschärfen.

Klimaschutz ist deshalb auch Gesundheitsschutz. Auf die wachsenden Herausforderungen muss gleichzeitig mit Anpassungsmaßnahmen reagiert werden. Das betrifft nicht nur unmittelbar die Gesundheitsversorgung. Um etwa den Auswirkungen vermehrter Hitzetage oder Starkregenereignisse zu begegnen, ist verstärkt die Stadtplanung gefragt.

Maßnahmen im Land:

- **Vorbeugen:** Die baden-württembergische Landesregierung hat im ersten „Monitoring-Bericht zum Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg - Teil I Klimafolgen und Anpassung“ erste Maßnahmen identifiziert, um den gesundheitlichen Problemen durch die Klimakrise zu begegnen. In Ballungsräumen wird die Schaffung sogenannter „Heat-Scouts“ empfohlen, die interkulturell Einzelpersonen unterstützend Hilfe gewähren können und Hilfsangebote unter Mitwirkung der sozialen Dienste koordinieren. Während länger andauernder Hitzeperioden wird den Stadtverwaltungen die Einrichtung von „Kühlstuben“ etwa für Obdachlose, in öffentlichen Einrichtungen empfohlen, analog zu Wärmestuben im Winter. Hitzewarnungen, auch im regionalen Maßstab mit entsprechend konkreten Verhaltensempfehlungen leisten ebenfalls Unterstützung.
- Durch den **Aufbau eines Warn-, Bekämpfungs- und Kontrolldienstes** zu gesundheitsgefährdenden Pflanzen und Tieren (VASS = Vektoren, Allergene, Schadtiere, Schadpflanzen) will die Landesregierung die gesundheitlichen Risiken der Klimakrise für die

⁵ Siehe Klimaschutz-Sofortprogramm der Fraktion GRÜNE: https://www.gruene-landtag-bw.de/fileadmin/bawue/user_upload/FS_112_Anl_Beschlussvorschlag_Klimaschutz_Sofortprogramm.pdf

Bevölkerung verringern⁶. Das begrüßen wir und setzen uns dafür ein, diese Maßnahmen weiter voran zu bringen.

Klimagerechtigkeit bei Stadtplanung und Mobilität

Maßnahmen für mehr Klimaschutz und zur Anpassung an Klimaveränderungen können die Lebensqualität steigern. Unsere Städte und Gemeinden können attraktiver und lebenswerter werden. Siedlungsplanung und Mobilität sind dabei eng miteinander verwoben. Schattenplätze, gute Durchlüftung, mehr Begrünung, insbesondere von Dächern- und Fassaden, weniger Flächenversiegelung, Wasserflächen und öffentliche Trinkwasserstellen sind in Städten und Gemeinden für die zunehmenden Hitzetage unabdingbar⁷.

Die bisherige Stadt- und Siedlungsplanung war vor allem aufs Auto ausgerichtet. Um die Klimaschutzziele im Verkehrssektor zu erreichen, ist eine andere Stadtplanung notwendig. Im Fokus muss die Stadt der kurzen Wege stehen. Lebendige Quartiere, in denen Wohnen, Arbeiten, Nahversorgung und Freizeit ihren Platz haben, sorgen für kurze Wege und machen das Auto oft überflüssig. Kurze Distanzen mit übersichtlich gestalteten und sicheren Rad- und Fußwegen sind dabei zentral. Gemeinsam mit Mobilitätsstationen, die einen einfachen, barrierefreien Umstieg zwischen den einzelnen Verkehrsmitteln und auf den ÖPNV ermöglichen, machen sie den Umstieg zu einer klimafreundlichen Mobilität einfach. Und durch diese Maßnahmen wird der öffentliche Raum attraktiver.

Maßnahmen im Bund:

- Die Maßnahmen, die die Bundesregierung in ihrem Klimapaket als sozial ausgibt, sind es nicht. Bestes Beispiel ist die weiterhin geplante Erhöhung der Pendlerpauschale. Die Pendlerpauschale wird von der Steuer abgesetzt. Deshalb profitieren Menschen am meisten, die überdurchschnittlich gut verdienen und überdurchschnittlich weit pendeln. Menschen mit geringen Einkommen, die keine oder wenig Steuern zahlen, können auch wenig oder nichts von der Steuer absetzen.

Maßnahmen im Land:

- **Siedlungsplanung:** Wir setzen uns für eine nachhaltige Siedlungsplanung ein, die sozial-ökologische Belange in den Mittelpunkt stellt. Städtebau und Siedlungsplanung und Gesundheit hängen direkt zusammen, beispielsweise wirken sich Bepflanzungen positiv auf die Luftqualität aus. Die Landesregierung unterstützt mit verschiedenen Förderprogrammen die qualitätsvolle Innenentwicklung und Flächeneffizienz, die Begrünung und ökologische Aufwertung des Siedlungsbereiches sowie die Verknüpfung mit kommunalen Klimaschutz- und Klimaanpassungsstrategien.
- Das Sozialministerium unterstützt mit der **Landesstrategie „Quartier 2020 – Gemeinsam.Gestalten“** lebenswerte und generationengerechte Quartiere in Städten und in

⁶ 2017: Monitoringbericht des UM zum Klimaschutzgesetz Teil 1 Klimafolgen und Anpassung, siehe https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/2_Presse_und_Service/Publikationen/Klima/20170705_Monitoringbericht_zum_Klimaschutzgesetz_Teil1_Klimafolgen_und_Anpassung.pdf

⁷ Siehe auch Konzept der Sponge-City (Schwammstadt) : <https://www.spiegel.de/wissenschaft/mensch/klimawandel-in-staedten-mit-gruen-gegen-die-hitzewellen-a-1229139.html>

Dörfern. Das Ziel ist die Gestaltung lebendiger Quartiere – Nachbarschaften oder Stadtteile, in denen das Zusammenleben der Generationen gelingt, Leben im Alter lebenswert ist, Menschen Verantwortung übernehmen und sich gegenseitig unterstützen. Unter dem Motto „Heute das Zusammenleben von morgen gestalten!“ fördert das Sozialministerium Städte, Gemeinden, Landkreise und zivilgesellschaftliche Akteur*innen bei ihrer Quartiersentwicklung. Diese Bemühungen wollen wir weiter voranbringen und mit einer entsprechenden Ausrichtung die Entwicklung von sozialen und ökologischen kommunalen Entwicklungskonzepten unterstützen und noch besser verzahnen.

- **Sozialticket:** Wir ermuntern Kommunen, Landkreise und Verkehrsverbände preisgünstige Sozialtickets für den öffentlichen Personennahverkehr anzubieten, damit auch Menschen mit geringem Einkommen ihre Teilhabe am öffentlichen Leben gewährleisten können.

Klimagerechtigkeit und Geschlechterverhältnisse

Studien zeigen: Frauen und Männer tragen aufgrund immer noch wirksamer Rollenzuschreibungen und entsprechend verteilter Zuständigkeiten unterschiedlich stark zur Klimakrise bei⁸. Männer fahren häufiger Auto. Frauen legen mehr Wege mit öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Fahrrad oder zu Fuß zurück und verbringen mehr Zeit zuhause. Frauen ernähren sich häufiger als Männer vegetarisch, was deutlich weniger CO₂ verursacht als eine Ernährung mit Fleisch. Sie zeigen in Umfragen ein höheres Umweltbewusstsein und verhalten sich etwa auch beim Einkauf oft umweltverträglicher. Die Anerkennung und Aufwertung von als weiblich angesehenen Verhaltensweisen ist damit nicht nur eine Frage der Geschlechtergerechtigkeit, sondern kann auch zu klimafreundlicherem Verhalten beitragen⁹.

Auch wenn Frauen einer Erwerbsarbeit nachgehen, tragen sie immer noch einen Hauptteil der in der Regel unbezahlten Sorgearbeit und arbeiten häufiger als Männer in Teilzeit. Berufe, die als weiblich angesehen und oft noch mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden, etwa im sozialen Bereich, sind oft schlechter bezahlt als technische Berufe, die noch immer Männern zugeschrieben werden. Eine Folge davon: Haushalte mit weiblichem Haushaltsvorstand sind doppelt so häufig wie solche mit männlichem Haushaltsvorstand von Energiearmut betroffen. Das wird noch dadurch verstärkt, dass Ärmere (mit einem hohen Anteil an Rentnerinnen und allein-erziehenden Müttern) häufiger in energetisch ineffizienten Gebäuden wohnen. Auch das Geschlecht ist eine relevante Kategorie beim Thema Klimaschutz und muss bei der Erarbeitung von Maßnahmen und Lösungsansätzen berücksichtigt werden.

Maßnahmen im Land:

- **Umsetzung des Gender Action Plans der UN¹⁰:** Wir wollen die baden-württembergische Klimapolitik sozial gerecht und geschlechtergerecht gestalten. Ziel ist die gerechte und

⁸ Schweizer Umweltsurvey 2007 (Daten wurden 2019 neu ausgewertet):
<https://socio.ethz.ch/forschung/umweltsurvey.html>

⁹ Siehe https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2018-03-15_texte_23-2018_gender-klima.pdf

¹⁰ Siehe https://www.bmu.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/gia_checkliste.pdf und https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/1410/publikationen/2018-03-15_texte_23-2018_gender-klima.pdf

gesellschaftlich repräsentative Beteiligung von Frauen und anderen sozialen Gruppen als aktiv Mitwirkende in Klimaverhandlungen und bei der Konzeption von Klimaschutzmaßnahmen.¹¹

Klima- und Generationengerechtigkeit

Die Fridays for Future bringen es auf den Punkt: wenn wir nicht endlich handeln und das Klima schützen, werden die Folgen für die heutigen Jugendlichen und Kinder sowie kommende Generationen immer dramatischer und unkalkulierbarer.

Der demographische Wandel hat einen direkten Einfluss auf das Klima. Die Ballungsräume Baden-Württembergs wachsen stetig, inklusive zunehmendem Flächenverbrauch und Energiebedarf. Gleichzeitig wird hier die Bevölkerung immer älter, während sie in anderen Teilen der Welt vor allem von jungen Menschen geprägt wird. Auch hier werden die Auswirkungen der Klimakrise deutlich. Diejenigen, die zu ihrer Entstehung am wenigsten beigetragen haben, weil sie noch gar nicht auf der Welt waren, werden am meisten unter den Folgen leiden. Deshalb setzen wir uns für einen konsequenten Klimaschutz ein.

Maßnahmen im Land:

- Klimaschutz ist das zentrale Zukunftsthema. Kinder und Jugendliche müssen deshalb in Entscheidungsprozesse eingebunden werden und die Chance zur Mitgestaltung bekommen. Wir müssen Formate finden, wie die Forderungen der Jugendlichen gut in den demokratischen Prozess eingebracht werden können. Jugendliche waren bei der Erstellung des ersten Integrierten Energie- und Klimaschutzkonzepts 2013 und bei der aktuell laufenden Fortschreibung beteiligt. Solche Jugendbeteiligungsformate wollen wir weiter stärken und verstetigen. Jugendgemeinderäte und Jugendforen sind gute Möglichkeiten. Sie müssen auch in die Prozesse für Klimaschutzmaßnahmen vor Ort eingebunden werden, wie die Erstellung von Klimaschutzkonzepten.

Fraktionsbeschluss, 21.01.2020

¹¹ Dazu wollen wir den Gender Action Plan der UN für den Bereich Klima auch in Baden-Württemberg umsetzen. Alle Vertragsstaaten sollen Gender in die nationalen Pläne zur Umsetzung der Klimaziele integrieren, auch Deutschland muss dieser Pflicht nachkommen. Das **Gender Impact Assessment** ist ein Instrument, mit dem die Auswirkungen von politischen Entscheidungen und Maßnahmen auf die Geschlechter, aber auch auf andere soziale Zielgruppen im Vorfeld analysiert werden können. Eine Frage ist, wie sich geplante Maßnahmen ggf. unterschiedlich auf Männer und Frauen auswirken oder von ihnen akzeptiert werden, und wie sie verändert werden müssen, um die Ziele besser und zielgruppengerecht zu erreichen. So ist Beratung zu energetischen Sanierungen bei Frauen erfolgreicher, wenn sie nicht nur auf technische Aspekte zielt, sondern andere relevante Themen wie gesundheitliche Aspekte mit umfasst.